

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Verlagsort: Dresden.
Verleger: Carl Neubauer.
Bismarckstr. 25/26.
Telefon: 20011.

Bezugs-Gebühr: bei halbjähriger Lieferung in Dresden oder durch die Post monatlich M. 4200.—, Einzelnummer M. 200.—, Sonntagsausgabe M. 250.—.
Anzeigen-Preise: Die 10spaltige Zeile kostet M. 400.—, ausserhalb Sachsens M. 500.—, Familienanzeigen und Beleganzeigen unter Wegfall jeder weiteren Gebühr M. 100.—, Sonntagsblätter laut Zeitl. Unvollständige Anzeigen werden nicht angenommen.

Schriftleitung und Geschäftsstelle:
Bismarckstr. 25/26.
Druck u. Verlag von Neumann, Neudammstr. 10/11.
Telefon: 1068 Dresden.

Abdruck nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresdner Nachrichten“) zulässig. — Unentgeltliche Schriftstücke werden nicht aufbewahrt.

Café Hülfert
Konditorei
Prager Straße, Ecke Sidonienstraße.

Landesverein Sächsischer Heimatschutz
Gründonnerstag, 29. März, 1/28 Uhr
Vereinshaus, Zinzendorfstraße 17
„Kinderfrühling“ (Vorträge, Gesänge, Tänze)
Karten im Heimatschutz, Schießgasse 24

Schreibmaschinen
für Büro und Reise
Matheck, K.-8., Dresden
Tel. 14930 Schulgutstraße 1 Tel. 14938

Dr. Zeigner sächsischer Ministerpräsident.

Die neue Lage in Sachsen.

Der neue Ministerpräsident, den die sächsische Volkshammer am endlich nach langem Zögern und Bangen in schwebender Fein gekürt hat, erklärte einmal im Laufe seiner Justizministeriellen Tätigkeit, die Rechtsprechung müsse in sozial verständlichem Geiste gehandhabt werden. Im Interesse des inneren Friedens Sachsens ist sehr zu hoffen und zu wünschen, daß Dr. Zeigner diese von ihm selbst aufgeschriebene bezeichnende Richtlinie der Verantwortlichkeit auch in der Politik, in der er nunmehr eine verantwortliche leitende Stelle innehat, mit richtigem Verständnis für die Notwendigkeiten der Stärkung des Staatsgedankens durch Zusammenhalt aller seiner Verteidiger und Vertreter befolgen und beibehalten möge. Wie dringend nötig die Vermeidung aller Bruchstellen nach der bürgerlichen Seite hin ist, zeigt die Entscheidung des Dresdner Bürgerrates, in der das gemeinsame Programm der Sozialisten und Kommunisten als „schöner Verfassungsverbruch“ erklärt und die schärfste Bekämpfung der Regierung zur Pflicht gemacht wird, falls diese das genannte Programm zur Grundlage ihrer Amtsführung nehmen sollte. Hiernach läßt sich auf die Stimmung schließen, die jetzt auf bürgerlicher Seite vorhanden ist, und die auch in der Erklärung der Demokratischen Partei einen Ausdruck gefunden hat, daß sie mit den beiden anderen bürgerlichen Parteien Hand in Hand gehen müsse in Ausübung der vaterländischen Pflicht, dem jetzt angeponnenen Verhängnis entgegenzuwirken. Ein Verhängnis ist in der Tat über unser Sachsenland hereinabgebrochen, und es würde sich mit verdoelter Wut auswirken, wenn von Seiten der Regierung nun auch noch Del in das Feuer der bürgerlichen Erregung gegossen würde, anstatt daß man ver- suchte, dem starken bürgerlichen Element wenigstens einigermaßen seine unendlich schwierige Lage durch eine hand- wärmliche Mäßigung in der Behandlung der kommunistischen Ueberbereitschaft zu erleichtern und es nicht durch eine völlig rücksichtslose Handhabung der Gesetzgebungsmaschine im radikalen Sinne, sowie durch eine unter kommunistischer Fuchtel ausgeübte Drangsalierung der Beamtenhaft in eine ausschließliche erbitterte Oppositionstellung bedingungsloser Art hineinzutreiben, die den inneren Frieden, gerade jetzt, wo wir ihn am meisten bedürftig brauchen, auf das gefährlichste bedrohen würde.

Für die Beurteilung der Entwicklung, welche die Dinge nunmehr in Sachsen nehmen werden, kommt es darauf an, wie hoch man die tatsächliche Macht der Kommunisten einschätzt und welchen Wert man den Neigungswiderständen beimißt, die auf Seiten der Vereinigten Sozialdemokratie gegenüber dem kommunistischen Radikalismus vorhanden sind. Für die Meinung der Kommunisten ist die Erklärung ihres Vorsitzers Böttcher bezeichnend, daß ihre grundsätzliche Haltung gegenüber Demokratie und Parlamentarismus durch die letzten Abmachungen nicht berührt werde. Das heißt mit anderen Worten: Die Kommunisten halten unentwegt an ihrer Auffassung fest, daß es für sie eine parlamentarisch-demokratische Verfassung in dem Augenblicke nicht mehr gibt, wo sie die Macht haben, ihr den Vorzug zu machen und ihr erlebtes Ziel, die sozialistische Arbeiterrepublik, zu verwirklichen. Sollten die Verhältnisse jemals eine solche Wendung nehmen, so würden die Kommunisten natürlich auch auf die Unterstützung der sozialistischen Regierung eingehen und diese zum Teufel jagen, um selbst die Fäden zu ergreifen. Das ist die Anschauung der „wackelnden“ Kommunisten, der ganz radikalen Richtung, die vorwiegend in Berlin und in Hamburg das Szepter führt. Es gibt aber auch eine Gruppe von mehr revolutionärer Haltung, die insofern das reine revolutionäre Programm preisgibt, als sie eine Verwirklichung „des man- gelnden revolutionären Verständnisses der Angehörigen der gemäßigten sozialistischen Richtungen“, sowie das taktische Weichen mit der durch die allgemeine politische und wirtschaftliche Lage geschwächten Kampfkraft der eigenen Partei verlangt; diese „Revolutionisten“ wollen den „demokratischen Funktionen und Vorurteilen eines Teiles der Arbeiterschaft“ gewisse Zugeständnisse machen. Auf dem letzten Parteitag der deutschen Kommunisten erzielte die radikale Gruppe etwa ein Drittel der Stimmen. Dieser Gegensatz unter den Kommunisten ist auch bei der Abstimmung über die sächsische Regierungskandidatur in der Erscheinung getreten, da der Beschluß über das Einigungsprogramm nicht einstimmig, sondern mit 21 gegen 7 Stimmen gefaßt wurde.

Es ist daher durchaus nicht von vornherein sicher, daß die Kommunisten nun geschlossen mit der sozialistischen Regie- rung durch die und dünn gehen, sondern die Wahrscheinlich- keit spricht dafür, daß die Radikalen bald wieder anfangen werden zu wanken und der Regierung Knäuel zwischen die Beine zu werfen, wenn sie nicht ganz und gar nach der Pleite der radikalen Mattenfänger tanzen will. Je mehr sich aber die sächsischen Zustände unter kommunistischem Einfluß der Arbeiterrepublik nähern, desto drohender erhebt sich am Horizont die Gefahr einer Einmischung der Reichsgewalt. Die Einzelstaaten sind durch die Reichsverfassung auf die Ein- haltung verfassungsmäßiger Zustände verpflichtet; die Re-

Das Wahlergebnis im Landtag.

In der Mittwoch-Sitzung des sächsischen Landtages wurde der bisherige Justizminister Dr. Zeigner mit 49 von 95 abgegebenen Stimmen zum sächsischen Ministerpräsidenten gewählt. Auf Dr. Kaiser (D. Vp.) entfielen 38 Stimmen, auf Dr. Segert (Dem.) 8 Stimmen. Im Anschluß an die Wahl wurde sofort die Vereidigung des neuen Ministerpräsidenten vorgenommen.

Der Sitzungsverlauf.

26. Sitzung.
Dresden, den 21. März 1923.
Als einziger Punkt steht auf der Tagesordnung der heutige Tages die

Wahl des Ministerpräsidenten.

Der Andrang an den Tribünen ist der Wichtigkeit des in Aus- sicht stehenden Aktes entsprechend außerordentlich stark. Da die zur Verlesung stehenden Karten bald vergriffen sind, haben die Landtagsbedienten große Mühe, die Entwürfe auszu- bringen. Auf den Gängen und Treppen ist ein Lärm und Rausen von Personen, die offenbar noch glauben, Zutritt in den Saal zu erhalten. Schließlich wird ein hartes Polizeit- ausbebot herausgegeben.

Die Abgeordnetenliste bleibt bis 10 Minuten vor 1 Uhr leer. Erst tritt ein mehrere Abgeordnete der beiden Rechts- parteien den Saal. Beim Tönen der Dose, die ein Diktier in Tätigkeit setzt, stellt sich nun das Haus schnell. Die Vert- rungsplätze sind unbesetzt. Am 10. April, wird der Landtag die Regierungsbekanntmachung entgegennehmen und sie am Donnerstag, den 12. April, neu vormittags 10 Uhr ab besprechen. Gleichzeitig mit der Aussprache soll eine Reihe von Anträgen und Entwürfen erledigt werden, die sich mit der Regierung beschäftigen.

Der Präsident stellt fest, daß die für die Wahl des Ministerpräsidenten erforderliche Zahl von Abgeordneten anwesend sei und nunmehr in die Wahl eintritt werden könne.

Abg. Dr. Niehammer (D. Vp.) schlägt als Minister- präsidenten den Abg. Dr. Kaiser vor.

republik aber ist gleichbedeutend mit der völligen Verneinung jeder Art von parlamentarisch-demokratischer Verfassung, und deshalb kann und darf das Reich unter keinen Umständen eine derartige Einrichtung in irgendeinem Bundesstaate dulden. Es muß vielmehr in jedem Falle das verfassungsmäßig ge- gebene äußerste Mittel der Reichsexekutive in An- wendung bringen. Man sollte meinen, daß die gemäßigten Elemente in der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei die Fährlichkeiten einer derartigen Konstellation, die sich beim holländischen Fortschreiten auf dem Wege des kommunistischen Radikalismus jeden Augenblicke ergeben kann, gebührend wahrnehmen und rechtzeitig Vorkehrungen treffen müßten, um sie nicht zur Vollendung kommen zu lassen. Niemand kann natürlich voraussetzen, was das Ende sein wird. Wenn aber die Kom- munisten ihre bisherige Unvernunft seufzlos weiter zur Schau tragen und auch ihre „Revolutionisten“ plötzlich die Mäste ab- werfen, sobald sie die Macht fest genug in Händen zu haben glauben, dann müßte doch nach vernünftigem menschlichen Er- messen auf Seiten der Vereinigten Sozialdemokratie eine Gegenwehrung sich geltend machen und die Richtung, die in der Koalition mit bürgerlichen Parteien das „Neuere Uebel“ erblickt, auf neue Überwässer erweichen. Auf der sozia- listischen Parteikonferenz in Dresden schien es noch, daß die Koalitionstendenzen die Mehrheit hätten, und für die damals herrschende Stimmung war besonders bezeichnend, daß die radikale Chemnitzer Richtung die härteste Mehrheit für die Koalition auf die Beine brachte. Alle diese Vertreter der Koalitionsgedanken können doch nicht über Nacht ihre bessere Ueberzeugung dauernd zum alten Eisen geworfen haben. Man wird vielmehr annehmen dürfen, daß sie nur einweilen durch das Kosen der „sozialistischen Einheitsfront“ in Schlaf ge- lullt worden ist und wieder aufwacht, wenn das Gegenstück der kommunistischen Beteiligung in der praktischen Politik seine Wirkung tut. Die Treibereien sind außerhalb Sachsens bereits im vollen Gange, und zwar richten sie sich gegen die Gewerk- schaften, aber auch gegen den Parteivorstand, der durch so- genannte „Kontrollausschüsse“ ersetzt werden soll. Der Verlin- ger Parteivorstand hat aus diesem Anlaß eine scharfe Rundgebung erlassen, in der es heißt, er lege gerade jetzt entschiedener denn je ein Zusammen-

Abg. Bentler (D.-Vp.) unterstützt den Vorschlag und er- klärt, daß seine Fraktion für Dr. Kaiser stimmen werde.

Abg. Wirth (Soz.) schlägt den Abg. Dr. Reizner als Ministerpräsidenten vor. (Wachen rechts.)

Abg. Dr. Segert (Dem.) verliest nun folgende Erklärung der demokratischen Fraktion:

Die Sozialdemokratie hat sich mit der kommunistischen Partei geeinigt, d. h. die Gewalt hat sich der Gewalt, die Führerschaft hat sich der Masse ergeben. Die Sozialdemokratie hat sich der kommunistischen Partei unterworfen. Das ver- öffentlichte Programm ist ein verkapptes kommunistisches Diktat.

(Cho-Rufe links.) Durch dieses wird die Reichs- und Landes- verfassung nach Wort und Sinn aufs schwerste verletzt. Wir erheben dagegen Einspruch im Namen des Volkes und unseres Volkes, der fest auf dem Boden der Verfassung steht, des Volkes, zu dem auch weite Kreise der Sozialdemokratie ge- hören. (Sturbe links.) Wir bedauern, daß dem kom- munistischen Ansturm der Teil der Sozialdemokratie unter- liegen ist, der, wie auch unsere Partei es fordert, eine Ver- handlung der verfassungstreuen Republikaner erstrebt hat. Wir bekämpfen die getroffenen Vereinbarungen als eine innere Unwahrscheinlichkeit, die darin liegt, daß unüberbrückbare Gegensätze überhandt und verfestigt werden. Noch einmal sei es in aller Öffentlichkeit bezeugt, daß es unser höchster Ernst gewesen ist mit unserem Bemühen einer Verständigung und daß wir unter Niet nicht aus dem Range verlieren werden. Wir sind beiden Richtungen willen wir uns einig in der Besorgnis, daß der unglückliche Entschluß der Vereinigten Sozialdemokratie dem Lande und Volke zum täglich schwerer werdenden Verhängnis werden muß. Wir bitten uns mit ihnen einig in der Pflicht, diesem Verhängnis entgegenzuwirken. Wir arbeiten aber, dieser Pflicht am besten zu entsprechen, wenn wir uns trotz anderer Wahl lehrende und unabhängige von anderen Parteien halten.

Es folgt durch den Abg. Böttcher (Komm.) eine Erklärung der kommunistischen Fraktion,

die folgenden Wortlaut hat: Die kommunistische Fraktion des sächsischen Landtages stimmt für den sozialdemokratischen Ministerpräsidenten Dr. Zeigner. Die grundsätzliche Stellung der Kom- munistischen Partei zum bürgerlichen Parlamentarismus bleibt durch die Wahlung unberührt. Die K. P. D. ist sich mit dem revolutionären Proletariat darin einig, daß die Arbeiterklasse die politische Macht nicht auf dem Wege über den bürgerlichen Parlamentarismus, sondern nur über das Diktat des Proletariats erlangen kann. (Wachen rechts.) In den politischen Vereinbarungen zwischen der K. P. D. und der S. P. D. über die Regierungsbildung er- blickt die K. P. D. eine bedeutsame Niederlage der Koalitions- politik. Der Widerstand der Arbeitermassen gegen jedes Paktieren mit der Bourgeoisie hat sich in der Sozialdemo- kratischen Partei Sachsens durchgesetzt. Die Bildung der neuen sozialdemokratischen Arbeiterregierung hat unter der

gehen mit den Kommunisten ab. Der Parteivorstand wartet die Parteigenossen, als Mitglieder oder Funktionäre der Partei, als Reichsrat oder in welcher Funktion es immer sei, den kommunistischen Gespinnstweben zu folgen. Nur durch die feste Abweisung aller kommunistischen Täuschungsmanöver können sie der Partei und der Einheit der Arbeiterbewegung dienen. In diesem Zeichen vollzieht sich in Sachsen die „Einigung“.

Inzwischen haben freilich die bürgerlichen Parteien die denkbar schwierigste Stellung, und es wäre menschen- liche, wenn sie einen Teil vor dem ganzen durch den sozia- listisch-kommunistischen Aufbruch so schwächlich verhandelten Parlamentarismus bekämen. Derartige Empfindungen dürfen aber nicht den Ausschlag geben. Die parlamentarische Idee ist nun einmal da und so ist im allgemeinen Volksbewußt- sein eingewurzelt, daß sie nicht wieder daraus verdrängt werden kann. Was daher der heutige Parlamentarismus auch noch so große Mängel zeigen und nachteilige Wirkungen her- vorbringen, wir dürfen uns, wie Geheimrat Dr. Schöcher in seinen parlamentarischen Abhandlungen (Verlag von J. Nebe in Tübingen) sagt, nicht auf seine bloße Negation beschränken, sondern müssen nach Mitteln suchen, ihn zu dem zu machen, was er wirklich sein soll: zu einem Organ wahrer Demokra- tie. Dazu aber ist nötig, daß die bürgerlichen Parteien auch unter den jetzigen unbilligen Verhältnissen alles tun, was möglich ist, um die Autorität der Regierung gegenüber dem kommunistischen Radikalismus zu stärken. Eine solche Politik wird sehr viel Umsicht, Takt, Geschick und die Beobachtung des Brummlages erfordern, daß der Entschluß das Mögliche jeder- zeit beherzt beim Schopfe fassen soll, je nach den Umständen, aber ohne alle Gefühlspolitik, mit Mäßigkeit bis ans Herz hinan, unter rühmlicher Abwägung aller Er- fordernisse der jeweiligen Lage. Ob die beiden jetzt geeinten Brüder dauernd beieinander bleiben können, wird sich in nicht allzu langer Frist herausstellen. Geht es schief mit der unnatürlichen Gemeinschaft, so gilt es für die Bürgerlichen, den Scheidungsprozess nicht durch eine falsche Taktik, durch ein unvorsichtiges, bigotes, überreifes Eingreifen zu fördern. Wenn früher Fehler gemacht worden sind, so dürfen sie keines- falls wiederholt werden. Nicht nur taktisches Geschick, auch Geduld muß bei dem Werke sein. Denn die bürgerlichen Parteien in ihrer künftigen Politik diese Regel beherzigen, so brauchen sie trotz der augenblicklichen verzweifeltsten Lage nicht die Hoffnung fahren zu lassen, daß der einzig gangbare Ausweg aus den verfahrenen Verhältnissen, die Koalition, schließlich doch noch gefunden werden wird.

Dollar (Amtlich): 20 900
Im Freiverkehr abends 6 Uhr: 20 850